

Eröffnungsansprache

Der Landesdenkmaltag, der heute zum dritten Mal stattfindet, hat sich bereits zu einer festen Institution entwickelt. Er ist ein Forum geworden,

- das dem Erfahrungsaustausch unter den Fachleuten dient,
- das die Anliegen des Denkmalschutzes in der interessierten Öffentlichkeit verdeutlicht und
- das auch der Politik wichtige Anregungen und Impulse gibt.

Mit Ihrem Tagungsort haben Sie eine Stadt gewählt, die in vieler Hinsicht beispielhaft ist für das, was Denkmalschutz heute an Perspektiven eröffnet. Bietigheim-Bissingen ist insoweit ein Modell für die Verbindung von Denkmalpflege, Denkmalschutz und städtebaulicher Erneuerung. Es ist, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister List, wenn Sie mir diese Wertung gestatten, bestens auf sein 1200jähriges Stadtjubiläum im kommenden Jahr vorbereitet.

Mit den archäologischen Grabungen, der Gestaltungssatzung für den Altstadt kern und der Einbringung historischer Bausubstanz in neue Nutzungsformen deken Sie einen weiten Bereich dessen ab, was Land und Kommunen im Bereich der Denkmalpflege heute zu bewältigen haben. Ihre Stadt steht aber auch beispielhaft für die Verbindung von Stadterhaltung und Stadterneuerung. Die staatlichen Zuschüsse für denkmalpflegerische Maßnahmen und der bewilligte Förder rahmen von über 38 Mio. DM für die Stadterneuerung sind in dieser Stadt hervorragend angelegt.

In der Tat geht es heute darum, durch ein abgestimmtes Bündel von Maßnahmen, die von Renovierungen und Revitalisierungen bis hin zu völligem Neubau reichen, die Altstadtbereiche in unseren Kommunen wieder zu einem lebendigen und attraktiven städtischen Mittelpunkt zu machen. Dabei dürfen wir das grundsätzliche städtebauliche Spannungsverhältnis des „Bauens in alter Umgebung“ keineswegs verschweigen oder gar historisierend verniedlichen, sondern müssen den Stadtkern, dem historischen Erbe verpflichtet, zeitgenössisch weiterentwickeln und gegebenenfalls auch ökologisch abrunden, so wie Sie es in Bietigheim-Bissingen mit der Landesgartenschau 1989 vorhaben.

Meine Damen und Herren, der Denkmalschützer und der Historiker wissen, daß das Erscheinungsbild unserer Städte immer auch ein Spiegel der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse und Vorstellungen sowie ihrer ökonomischen und technischen Möglichkeiten war und ist. Die Städte und Gemeinden sind die Orte, in denen sich allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen niederschlagen und konkretisieren. Hier lassen sich die tief-

greifenden Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaft unvermindert ablesen.

Auf Grund des raschen technologischen Wandels scheinen sich die bisherigen Funktionen, die für die Bestimmung und Identität der Städte wesentlich sind, zunehmend aufzulösen. Die Entwicklungstrends von Wirtschaft und Bevölkerung, aber auch die veränderten gesellschaftlichen Werterhaltungen stellen die Kommunal- und Landespolitik damit vor neue Probleme und Herausforderungen. Für die Kommunen ist es unter den veränderten Rahmenbedingungen erforderlich, vor auszudenken, welche Arbeitsfelder in den kommenden Jahren vorrangig sein werden und welche bisherigen Aufgaben eher an Bedeutung abnehmen oder gar überflüssig werden. Denn nur so können wir die Integrationskraft der Städte auf Dauer stärken und eine ganzheitliche Entwicklung anstoßen, welche die Kommunen als einen Lebensraum entwickelt, der Wohnen, Arbeit, Freizeit, Kultur und Geschichte umfaßt.

Meines Erachtens lassen sich dabei im wesentlichen vier große Problembereiche identifizieren, die die Zukunft der Kommunalpolitik bestimmen werden:

1. Es ist abzusehen, daß die Stadterneuerung, bei der wir in den letzten 15 Jahren beträchtliche Erfolge erzielt haben, ihre überragende Bedeutung für die kommenden Jahre beibehält. Die Landesregierung wird deshalb in dieser Legislaturperiode mit einem 3. Mittelfristigen Programm für Stadt- und Dorfentwicklung für die Gemeinden zuverlässige Planungs- und Entwicklungsgrundlagen weit in die 90er Jahre hinein schaffen. In der kommunalen Wohnungspolitik wird neben den qualitativen Aspekten der Schaffung eines angenehmen Wohnumfelds die Wohnraumversorgung für ältere Menschen und Aussiedler im Vordergrund stehen.

2. Im sozialpolitischen Bereich stellt der Zustrom von Spätaussiedlern Land und Kommunen vor neue große Herausforderungen. Gemeinsam müssen wir diesen Menschen, die unsere Landsleute sind, ein Zuhause geben. Aber auch andere soziale Gruppen, ältere Menschen, Frauen, Ausländer sind auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen.

3. Im Bereich der Wirtschaftspolitik werden Fragen der Unterstützung der Betriebe bei der Anpassung an den wirtschaftlichen Strukturwandel und die bevorstehende Integration in den europäischen Binnenmarkt an Gewicht gewinnen. Dabei wird sich noch deutlicher als jetzt schon zeigen, daß der in den vergangenen Jahren forcierte Ausbau der technologischen Infrastruktur und des Wissenstransfers ein Schlüsselfaktor für den Erfolg sein wird.

4. Die Zukunftsaufgabe aber, die im Zeitalter des technologischen Wandels einen weitaus höheren Stellenwert erhalten wird als bisher, ist die Kulturpolitik. Der Zuwachs an Freizeit verbunden mit besseren Bildungschancen für breitere Bevölkerungskreise wird ganz neue Bedürfnisse entstehen lassen und zu einer neuen Hinwendung zu kulturellen und geschichtlichen Fragen führen. Vor allem bei jungen Menschen – ich stelle dies immer wieder fest – ist diese Neigung besonders stark. Und ich bin sicher, daß das kein modischer Trend ist.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise aber, wie Menschen ihre Arbeitswelt, ihre arbeitsfreie Zeit, ihr Wohnumfeld und ihre Beziehungen zu anderen Menschen gestalten, bestimmt auch die Formen und Ausprägungen städtischen Lebens. Gerade weil die technologischen Entwicklungen die Werthaltungen der Menschen verändern, ist zu erwarten, daß es wieder zu einer vermehrten Wertschätzung der Stadt als Ort der Kultur und Kommunikation kommen wird.

Die Kommunalpolitik muß sich daher die Frage stellen, wie sie diesen Anforderungen gerecht werden will. Für mich kann das nur heißen, daß wir neben dem traditionellen Kulturangebot – etwa Theater, Museen, Bibliotheken und Volkshochschulen – auch neue Ausdrucksformen des Kulturwillens der Bürger finden müssen, die dem Wunsch nach kultureller Selbstorganisation und kreativer Eigenaktivität der Bürger entsprechen.

Zugleich gilt es, die gebaute Umwelt als Element städtischer Kultur und lokaler Identität zu begreifen. Kultur und Städtebau weisen seit jeher vielfältige Bezüge auf. Mit dem gewachsenen kritischen Bewußtsein hängt eine gestiegene Wertschätzung der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung zusammen.

Viele befällt Unmut angesichts mancherlei Fehlentwicklungen des Städtebaus der Nachkriegszeit, über Gleichförmigkeit, Einfallslosigkeit und mangelndes Einfühlungsvermögen mancher Großbauten. Die städtebauliche Planung und Gestaltung muß daher noch mehr als bisher dazu beitragen, dem Bürger Orientierungs- und Identifikationsmöglichkeit in einer komplizierter und unüberschaubarer werdenden Umwelt zu geben und ihn damit gesellschaftlich und kulturell zu integrieren.

Wichtigster Anhaltspunkt ist dabei die eigene Geschichtlichkeit. Vielleicht ist es gerade Ausdruck des rasanten Wandels in eine unsicher erscheinende Zukunft, daß das Bedürfnis nach Heimat, Geborgenheit und geschichtlicher Kontinuität wieder stärker wird. Vor kurzem wurde von einem Kulturhistoriker die These vertreten, daß unsere Gegenwart immer mehr schrumpft –

durch den technischen Wandel, aber auch durch die hektische Betriebsamkeit unserer Tage –, während die Zeit der Vergangenheit, das Geschichtsbewußtsein das Gefühl für das Gewachsene immer stärker ausbreitet.

Die Notwendigkeit der Erhaltung der historischen Kernbereiche unserer Städte und Gemeinden läßt sich nicht nur mit den unersetzlichen bauhistorischen und ästhetischen Werten von Baudenkmalen und Gebäudeensembles begründen. Es ist zugleich die Einzigartigkeit der Altstädte in ihrer Unverwechselbarkeit, die sie zu Zeugnissen menschlicher Kultur und damit zur ideellen Herausforderung der städtebaulichen Weiterentwicklung macht.

Darin, wie wir Geschichte annehmen, ihr Erbe bewahren und die bebaute und unbebaute Umwelt als Zeugnis gestalten, sehe ich eine der wichtigsten kommunalpolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Daß es sich dabei um eine „Gemeinschaftsaufgabe“ von Stadt und Land handelt, die von einem Partner allein nicht zu bewältigen ist – davon geht bewußt auch unsere Landesverfassung aus. Sie unterstellt die natürlichen Lebensgrundlagen, die Landschaft sowie die Denkmale der Kunst, der Geschichte und der Natur öffentlichem Schutz und der Pflege des Staates und der Gemeinden.

Wenn uns unsere Städte am Herzen liegen – und daß dies so ist, beweisen schon die enormen finanziellen Anstrengungen, die Stadt und Land für die Stadterneuerung unternehmen –, dann müssen wir alles versuchen, um zu einer fruchtbaren Symbiose zwischen Stadterneuerung und Denkmalpflege zu gelangen. Beide sind Instrumente zur Wiedergewinnung und Stärkung der Lebens- und Liebensewürdigkeit unserer Städte. Beide Instrumente müssen deshalb so gut wie irgend möglich aufeinander abgestimmt werden.

Von besonderer Wichtigkeit wird es dabei sein, daß die Denkmalpflege möglichst frühzeitig an den einzelnen Phasen der Stadterneuerung beteiligt und in den Planungsprozeß eingeschaltet wird. Denn zuallererst ist es Aufgabe der Denkmalpflege, die historische Substanz namhaft zu machen, die vom stadterneuernden Prozeß tangiert wird.

Freilich wird es sich nie vermeiden lassen, daß aus der Vielzahl von Anforderungen, denen die Stadterneuerung genügen muß, auch Verluste an historischer Substanz hinzunehmen sind. Erforderlich ist aber, daß die historische Substanz als unersetzliches stadteschichtliches Kapital mit dem ihm zukommenden Gewicht auf die Waage des unerläßlichen Entscheidungs- und Abwägungsprozesses der verschiedenen zu integrierenden

Belange gelegt wird. Die rechtzeitige und systematische Analyse des historischen Bestandes im Stadterneuerungsgebiet ist Voraussetzung für denkmalverträgliche Planung. In dieser Richtung weiter zu arbeiten halte ich für eine wichtige Aufgabe dieses Landesdenkmaltags.

Meine Damen und Herren, ein Thema aus dem Spannungsfeld Denkmalpflege und Stadterneuerung ist in der letzten Zeit ganz besonders in das Blickfeld des öffentlichen Interesses gerückt. Wie auf dem Münsterplatz in Ulm, am Kornmarkt in Heidelberg, an verschiedenen Punkten der Freiburger Altstadt, auf dem Viehmarkt in Biberach, im Zentrum von Rottenburg, so wurde und wird an vielen Stellen unserer mittelalterlichen Städte unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung Stadtgeschichte im wahrsten Sinne des Wortes ausgegraben.

Stadtarchäologische Grabung und Forschung sind ein junger Sproß der Denkmalpflege. Die Denkmalpflege hat erst in den letzten Jahren gelernt, daß auch außerhalb der Kirchen – auf die sich Mittelalterarchäologie früher fast ausschließlich beschränkte – der Stadtboden voll von archäologischen Zeugnissen ist. Inzwischen stecken wir in einem allgemeinen Prozeß der Bewußtseinsbildung, daß Städte eine dritte historische Dimension, nämlich ihre unterirdische Geschichte, haben. Für diese unterirdische Stadtgeschichte gilt in besonderem Maße das Wort des Historikers Otto Vossler, daß Geschichte Selbstbesinnung ist. Sie sagt uns, „was wir getan haben, woher wir kommen und damit wer wir sind“.

Unsere Generation wird dereinst auch einmal daran gemessen werden, wie wir mit diesen unterirdischen Geschichtszeugnissen umgegangen sind, wie wir unsere geschichtliche Standortbestimmung an die nachfolgenden Generationen weitergegeben haben. Damit wir diese Probe bestehen, ist es erforderlich, verstärkt auf Mittel und Wege zu sinnen, wie auch von seiten der archäologischen Denkmalpflege bereits in frühen Stadien relevante archäologische Informationen in die städtebaulichen Planungsprozesse eingespeist werden können. Ein Mittel dafür wird der archäologische Kataster sein, der z. Z. vom Landesdenkmalamt für eine Anzahl mittelalterlicher Städte erarbeitet wird. Über ihn werden wir auf dieser Tagung sicher noch Näheres erfahren. Um den Bewußtseinsbildungsprozeß in dieser Richtung voranzutreiben, wird das Innenministerium eine Broschüre herausgeben, die die Aufgaben und Ziele der Stadtarchäologie in Baden-Württemberg einer breiten, interessierten Öffentlichkeit nahebringen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir bewußt, daß die von mir skizzierten Entwicklungen An-

forderungen für die Denkmalpflege mit sich bringen, die einen erheblichen Einsatz personeller und finanzieller Mittel erforderlich machen. Die Landesregierung ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Trotz der bekannten Schwierigkeiten bei der Haushaltsaufstellung hat die Landesregierung im Entwurf des Doppelhaushalts 1989/90 das bereits hohe Niveau der Denkmalpflege gehalten und weiter ausgebaut. Nachdem der Gesamtetat der Denkmalpflege erstmals im Jahr 1987 die 100-Millionen-Grenze überschritten hatte, wird voraussichtlich 1990 mit einem Etatvolumen von rd. 114 Mio. DM ein vorläufiger Höhepunkt erreicht werden. Damit werden sich die jährlichen Finanzmittel des Landes für die Denkmalpflege in dem Jahrzehnt von 1980 bis 1990 rd. verdoppelt haben.

Auch die personelle Kapazität des Landesdenkmalamts ist in den letzten Jahren im selben Umfang und Tempo ausgebaut worden. Nachdem in den Jahren 1987/88 insgesamt 28 neue Stellen für das Landesdenkmalamt geschaffen wurden, enthält der Entwurf des neuen Doppelhaushalts für die Jahre 1989/90 zusätzlich weitere 10 Neustellen. Darin findet der politische Wille der Landesregierung seinen deutlichen Ausdruck, die Denkmalpflege des Landes weiter zu stärken und personell und finanziell so auszustatten, daß sie den wachsenden Anforderungen, insbesondere auch im städtebaulichen Bereich, gewachsen ist. Die beachtlichen Fortschritte der Denkmalpflege in Baden-Württemberg sind jedoch nicht allein auf die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zurückzuführen, geprägt wird die praktische Denkmalpflege in erster Linie durch den hohen Sachverstand und das Engagement der vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter. Dafür möchte ich Ihnen bei dieser Tagung im Namen der Landesregierung herzlich danken. In diesen Dank beziehe ich auch die zahlreichen örtlichen Fördervereine und Institutionen ein, die sich für die Belange der Denkmalpflege tatkräftig einsetzen. Stellvertretend nenne ich die vor vier Jahren gegründete Denkmalstiftung Baden-Württemberg, die heute durch ihren Vorsitzenden, Herrn Freiländer, vertreten ist.

Dies ist, wie ich meine, eine gute Ausgangsbasis für die Erörterung und Diskussion innerhalb des hier versammelten Kreises von Fachleuten über die Chancen und Aufgaben der Denkmalpflege in der Stadterneuerung im Interesse der Zukunft unserer Städte und der in ihnen lebenden Menschen. In dieser Zielsetzung wünsche ich dem Landesdenkmaltag viel Erfolg und Ihnen, meine Damen und Herren, viele Anregungen und Ergebnisse, die Sie in der künftigen praktischen Arbeit umsetzen können.